

# Die Lebenswirklichkeit von Familien beachten

von Beate Wilding, Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid

**„Sozialdemokratische Familienpolitik will, dass Kommunen dazu beitragen, Elternrolle und Berufstätigkeit zukünftig besser zu vereinbaren“, so steht es in den kommunalpolitischen Leitlinien, die im November 2001 vom Bundesparteitag beschlossen wurden.**

Aber was heißt das konkret? Welche Möglichkeiten besitzen Städte und Gemeinden auf ein familienfreundliches Klima hinzuwirken? Wichtig für die Beantwortung dieser Fragestellung ist meiner Meinung nach die Erkenntnis, dass Familienpolitik in Kommunen nur als Querschnittsaufgabe wahrgenommen werden kann. Eine Herausforderung, die innerhalb der Verwaltung eine bedeutende Rolle spielt, für die Ressourcen aus allen Teilbereichen der Verwaltung aufgewandt werden muss. Die Sichtweise von Familien müssen als Maßstab kommunalen Handelns dienen. Diese muss sich an der Lebenswirklichkeit von Familien orientieren und nicht



**Beate Wilding**

Oberbürgermeisterin der Stadt Remscheid, gehörte zuvor zehn Jahre dem Rat der Stadt Remscheid an und war insbesondere in den Bereichen der Sozial- und Familienpolitik tätig.

nach dem für diese Zwecke recht willkürlich wirkenden Organigramm einer Verwaltung.

In diesem Zusammenhang hat sich die Einrichtung von Planer(innen)-konferenzen bewährt. Sie umfassen alle mit familienrelevanten Themen betrauten Mitarbeiter aus unterschiedlichen Fachbereichen. Durchaus vorstellbar ist auch die Bündelung der Verantwortung in einer Stabsstelle im Bereich der Verwaltungsspitze.

#### Gemeinsames Handeln

Es müssen jedoch zwingend Ziele vereinbart werden, ansonsten drohen Überlegungen für eine familienfreundlichen Kommune zu

zerfasern oder an den Einzelinteressen von Verwaltungsteilen zu scheitern. Dieser Gefahr kann nur gemeinsam mit dem Stadtrat, den Bezirksvertretungen und den Beiräten entgegengewirkt werden. Hier müssen die Ziele zwischen Rat und Verwaltung vereinbart und deren Erreichung kontrolliert werden. Durchaus vielversprechend ist in meinen Augen die Einbeziehung der Ausschussarbeit in diese Zielfindung und die anschließende Überprüfung. Ähnlich wie in Parlamenten können hier durch die Anhörung von Experten- und Betroffenen neue Erkenntnisse von außen gewonnen werden und in die Beratungen der Gremien einfließen. Familienrelevante Themen, wie zum Beispiel die Vergabe von Bauland, die Bau- und Wohnungsplanung, die Einrichtung von Angeboten zur Ganztagsbetreuung, die Errichtung von Spielflächen oder familienunterstützende Betreuungsangebote für Senioren können so vielseitiger als bisher aufgearbeitet werden.

Es sind Ideenreichtum und Kreativität gefragt, denn eine goldene Regel für erfolgreiche Familienpolitik in Kommunen kann es nicht geben. Unterschiedliche Sozial- und Bevölkerungsstrukturen erfordern realistische, auf die jeweilige Stadt bezogene Vorschläge. Denn hier ist Konfektion nach Maß gefragt, daran mitzuwirken muss Aufgabe von Verwaltung, Politik, Vereinen und Bürgern gleichermaßen sein.

## Regionalstellen Frau und Beruf

### Frau und Beruf kommt an



Weitere Informationen zu den Regionalstellen Frau und Beruf vor Ort können im Internet unter [www.frau-und-beruf-nrw.de](http://www.frau-und-beruf-nrw.de) abgerufen werden.

Die Regionalstellen Frau und Beruf haben im vergangenen Jahr über 100.000 Frauen und Mädchen in Nordrhein-Westfalen informiert, beraten und qualifiziert. Mehr als 13.000 Anfragen sind über das Internet eingegangen - Tendenz steigend.

„Diese Zahlen sprechen für sich. Sie zeigen, dass die Arbeit der Regionalstellen ankommt und ihr Ziel erreicht. Frauen und Mädchen wird geholfen, Hürden in der Berufswelt zu überwinden. Damit das so bleibt, wollen wir auch im kommenden Jahr keine Abstriche bei der Förderung machen.“ Dies sagte NRW-Frauen-Ministerin Birgit Fischer anlässlich aktuell ermittelter Zahlen zur Arbeit der 47 Regionalstellen Frau und Beruf in Nordrhein-Westfalen.

Die Regionalstellen, so die Frauenministerin, erfüllen in jeder Berufsphase wichtige Aufgaben. So komme es beim Berufseinstieg darauf an, jungen Frauen das gesamte Spektrum möglicher Berufe aufzuzeigen. Nach wie vor ließe sich über die Hälfte von ihnen in nur 10 von mehr als 360 möglichen Berufen ausbilden - darunter kein einziger gewerblich-technischer Beruf.

Während der Familienphase bemühten sich die Regionalstellen, einem Karriereknick vorzubeugen. Frauen, die in den Beruf zurückkehren wollen, können sich informieren und beraten lassen. Zur Unterstützung des Rückkehrwunsches entwickeln die Regionalstellen gemeinsam

mit Bildungsträgern geeignete Fortbildungen und bieten Betrieben eine Arbeitszeitberatung an.

Schließlich, so die NRW-Frauenministerin weiter, helfen die Regionalstellen Frauen beim Aufbau eigener Unternehmen: „Auch wenn zurzeit erst drei von zehn Selbständigen weiblich sind, konnte die Zahl seit 1995 um rund die Hälfte vergrößert werden. Gab es damals rund 125.000 selbständige Frauen in NRW, so waren es fünf Jahre später bereits rund 187.000. Dazu haben die Regionalstellen einen bedeutsamen Beitrag geleistet.“

Die ersten Regionalstellen Frau und Beruf wurden 1988 im Ruhrgebiet mit dem Ziel eingerichtet, den Strukturwandel im Interesse der Frauen zu begleiten. Heute gibt es landesweit 47 Regionalstellen, deren Arbeit auch von den Kooperationspartnern wie Arbeitsämtern, Schulen, Kammern, Bildungsträgern und Unternehmen geschätzt wird.

Landesregierung und Europäische Union haben die Regionalstellen in NRW bisher mit fast 50 Millionen Euro gefördert. Allein in diesem Jahr beträgt die Landes- und EU-Förderung mehr als sieben Millionen Euro. Trotz der knappen Haushaltsmittel wird es nach dem Willen der Landesregierung auch im Jahr 2005 keine Kürzungen bei der Förderung geben.

## Kommunen brauchen Austausch

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hilft durch vielfältige Angebote zur Qualifizierung von kommunalpolitischen Aktiven.

Hier ein Beispiel:

### Fraktiv

Was Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker heute brauchen, das ist der Austausch über die engen lokalen Grenzen hinweg. Die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn bietet hierfür Gelegenheit, in den Seminaren und

Workshops, im Internet oder beim neuen innovativen Projekt „FraktiV – Fraktionen aktiv im Verbund“, wo Fraktionen sich mit anderen Fraktionen zusammenschließen, um gemeinsam an lokalen Lösungen zu arbeiten.



**FraktiV**  
Fraktionen aktiv im Verbund

FraktiV ist die Abkürzung von »Fraktionen aktiv im Verbund«. Es ist ein Angebot, sich mit anderen virtuell und real mit Synergieeffekten zu vernetzen – damit das Rad nicht immer neu erfunden wird.

**1. Planungstagung 2005 – »FraktiV – Fraktionen aktiv im Verbund«**

22. und 23. April 2005

Kurt-Schumacher-Akademie  
53902 Bad Münstereifel



**Alle Infos und Anmeldung:**  
[www.fes-kommunales.de](http://www.fes-kommunales.de)

**Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.**  
KommunalAkademie/ForumNRW  
Inge Schultz  
Godesberger Allee 149  
53175 Bonn

Telefon: 0228/883-378  
Telefax: 0228/883-538

[Inge.Schultz@fes.de](mailto:Inge.Schultz@fes.de)  
[www.fes-forum-nrw.de](http://www.fes-forum-nrw.de)